nr. 8 – dez 2017/jan 2018

ecke müllerstraße

Seite 3: Security – es geht auch anders Seite 4: Bezirk nutzt Vorkaufsrecht im Milieuschutzgebiet
Seite 7: Zweckentfremdung beschäftigt Justiz Seite 11: Preis für die Leo-Lionni-Grundschule

Ch. Eckelt

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer es weiß, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: ecke müllerstraße, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen Kinogutschein für zwei Personen für das Kino Alhambra. Einsendeschluss ist der 15. Januar 2018.
Unsere letzte Rätselecke wurde an der Ecke Schul- und Ruheplatzstraße aufgenommen. Viele Einsender wussten die Lösung. Gewinner ist diesmal Matthias Loose. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen zugesandt.

Nebenstraßenkonzept Brüsseler Kiez

Vorstellung der Ergebnisse am 22. Februar im »Cittipoint«

Gegenwärtig entwickeln Verkehrsplaner und Landschaftsarchitekten im Auftrag des Bezirks Mitte ein »integriertes Verkehrs- und Freiraumkonzept« für die Nebenstraßen im Gebiet zwischen Luxemburger, Amrumer, See- und Müllerstraße. Dazu gab es im April diesen Jahres bereits einen öffentlichen Rundgang und im Mai einen großen Workshop im »Cittipoint«, wo sich viele Anwohnerinnen und Anwohner sehr engagiert einbrachten. Jetzt sollen in einer dritten öffentlichen Veranstaltung die Zwischenergebnisse vorgestellt und diskutiert werden. Dabei wird eine Fülle von Maßnahmen vorgeschlagen, die in einem längeren Zeitraum Schritt für Schritt umgesetzt werden sollen.

Die Erarbeitung des Konzepts wird aus Fördermitteln des »Aktiven Zentrums Müllerstraße« finanziert. Die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen kann jedoch nur teilweise aus diesem Programm gefördert werden, da sie zu einem großen Teil außerhalb des Fördergebietes angesiedelt sind.
Die Maßnahmen beziehen sich einerseits auf die Verkehrssituation im Brüsseler Kiez, wobei sowohl Fußgänger und Radfahrer als auch der motorisierte Individualverkehr berücksichtigt werden und vor allem die Barrierefreiheit und die Sicherheit der Wege etwa für Kinder eine große Rolle spielen. Zudem ist ein Freiraumkonzept enthalten, das sich vor allem mit den Grünflächen und Spielplätzen im Gebiet befasst.
Die Veranstaltung wird aller Voraussicht nach wieder im » Cittipoint« stattfinden: am Donnerstag, dem 22. Februar um 18 Uhr. Rechtzeitig werden Plakate im Brüsseler Kiez darauf hinweisen. *cs*

Termine

Runder Tisch Leopoldplatz
Dienstag, 16. Januar 2017, 17 Uhr, Schiller-Bibliothek, Versammlungsraum
Raumänderung möglich – Rückfragen bitte unter 90 18-322 51

Händlerfrühstück des Geschäftsstraßenmanagements und der StandortGemeinschaft
Mittwoch, 3. Januar 2018, 7.30 Uhr, Ort: bitte erfragen unter Telefon 88 59 14 36, www.planergemeinschaft.de

Sitzung der Stadtteilvertretung Müllerstraße mensch.müller
An jedem ersten Donnerstag im Monat jeweils um 19 Uhr in der Volkshochschule, Antonstraße 37

Sprechstunde der Stadtteilvertretung
mo 18–20 Uhr, Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

ecke im Netz
Im Internet findet man alle bisher erschienenen Ausgaben der ecke müllerstraße unter www.muellerstrasse-aktiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/zeitung-ecke-muellerstrasse

Die nächste Ausgabe
erscheint Anfang Februar

Das Titelbild dieser Ausgabe
zeigt die Kreuzung Schul- / Luxemburger Straße und Müllerstraße.

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 44 01 06 05, eckemueller@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Sicherheit durch Ansprache

Ein privater Ordnungsdienst geht neue Wege

Wir fühlen uns unsicher, wo wir nicht mehr darauf vertrauen, dass andere sich an grundlegende Regeln des Zusammenlebens halten. Wenn es zum Beispiel nach Urin stinkt, wird der Ort für uns unheimlich, weil Grundregeln hier offenbar nicht gelten. Ein guter Sicherheitsdienst hat deshalb Mitarbeiter, die die Kunst der Ansprache beherrschen. Denn viel nachhaltiger als eine muskelbepackte Figur wirkt meistens ein treffender Appell an den gesunden Menschenverstand.

Jens Lange, Gründer des »Security & Event Service Urbanus Concept« kann gut reden: »Das habe ich bei meiner Arbeit gelernt.« Ins Security-Gewerbe ist der Mittdreißiger mit fast zierlicher Statur (im Foto ganz rechts) über Nebenjobs geschlittert, als er nach einer kaufmännischen Ausbildung das Abitur nachholte und später Jura studierte. »Ich war bei den Großen in der Branche und bei kleineren Firmen. Dabei habe ich unser Gewerbe von vielen Seiten her kennengelernt«, erzählt er. Seine Firma gründete der ehemalige Waldorf-Schüler, als er 2011 den Auftrag erhielt, beim Markt auf dem Neuköllner Hermannplatz für Ordnung zu sorgen. »Der Marktbetreiber wollte schon aufgeben – der Bezirk ließ ihn aber nicht aus dem Vertrag.« So entwickelte Jens Lange sein Firmenkonzept anhand eines jener neun Stadtgebiete, die von der Polizei inzwischen auch offiziell als »kriminalitätsbelastende Orte« geführt sind. Dazu gehören in Mitte der Alexanderplatz und der Leopoldplatz, bis vor kurzem stand auch der Kleine Tiergarten noch auf der Liste.

Auf dem Hermannplatz war der Umgangston ruppig. Junkies, Trinker und Dealer, man muss das nicht näher ausführen. Neukölln reagierte damals und baute ein Netzwerk auf. In regelmäßigen Runden trafen sich Vertreter verschiedener bezirklicher Ämter, der Polizei, der BVG und der Händler am Platz. Für den Markt war Jens Lange dabei. Seinen Security-Dienst richtete er dabei auf Prävention aus, bewusst verzichtete er zum Beispiel auf eine Uniformierung der Mitarbeiter. Lediglich ein Namensschild am Revers wies sie aus. »Wir versuchen, den Menschen anzusprechen, der da stört, möglichst auf Augenhöhe und mit Respekt. Und da hilft es, wenn man sich in ziviler Kleidung nähert.« Nach zwei Jahren hatte sich die Situation auf dem Herrmannplatz spürbar gebessert.

Auch am Leopoldplatz war Urbanus-Concept in diesem Herbst drei Monate lang aktiv: in einem Pilotprojekt , das die »Landeskommission Berlin gegen Gewalt« finanziert. Am Leo griffen die Urbanus-Mitarbeiter aber schließlich doch zu einer einheitlichen Jacke: »Nicht, um uns die Arbeit zu erleichtern, sondern um von den Bürgern auf dem Platz wahrgenommen zu werden.« Am Runden Tisch Leopoldplatz und in der Praktikerrunde, die ähnlich wie am Herrmannplatz aufgebaut ist, war dies so gefordert worden. Fünf Stunden an jedem Wochentag waren mehrere Security-Mitarbeiter auf dem Leo präsent. Das löste dort zwar nicht alle Probleme, führte aber dazu, dass sich die bei der Neugestaltung des Platzes mit der Trinkerszene vereinbarte Grundordnung wieder herstellte und der eigens geschaffene Aufenthaltsbereich auf dem mittleren Teil des Platzes wieder genutzt wird. Praktiker und Anwohner fordern jetzt eine Weiterführung des Projektes möglichst schon ab dem kommenden Frühjahr.

Mit seinem Aufgabenverständnis trifft Jens Lange dabei ziemlich genau die Vorstellungen, die während der Ursprünge des »Runden Tisches« in den Jahren 2009 und 2010 für den Platzdienst auf dem Leo formuliert worden waren: »Platzhausmeister« anstatt klassischer Security. In seiner Firma qualifiziert er seine inzwischen 15 Mitarbeiter auch durch Schulungen in Konfliktmanagement weiter. Es sind Ansätze, wie sie ähnlich auch in mehreren Weddinger Quartiersmanagementgebieten verfolgt wurden, wobei sie dort aber scheitern mussten, weil die ausgebildeten »Kiezläufer« immer nur in kurzfristigen Jobcenter-Maßnahmen aktiv sein durften.
Bei Urbanus Concept können die Mitarbeiter ihren Erfahrungsschatz systematisch ausbauen. Inzwischen zwar nicht mehr auf dem Hermannplatz (dort hat der Markt inzwischen einen anderen Betreiber), dafür zum Beispiel aber auf dem stets übervollen Flohmarkt im Mauerpark mit seinen ganz eigenen Extrembedingungen. Aktiv ist Langes Unternehmen auch bei Wohngebietsstreifen, wo er bei den Großen seiner Branche als »Spezialist« gilt und gern als Subunternehmer eingesetzt wird, sowie bei Veranstaltungen aller Art: »Viele Kunden legen vor allem auf die soziale Kompetenz unserer Mitarbeiter Wert.«

Ein Bedarf für solche Präventionsstreifen besteht aber auch im öffentlichen Raum und dort durchaus auch abseits der »kriminalitätsbelasteten Orte«. Dazu braucht man nicht unbedingt langjährig ausgebildete Polizisten, Mitarbeiter der Ordnungsämter oder Sozialarbeiter. Auch an der Praxis geschulte Security-Kräfte könnten in Zusammenarbeit mit den oben genannten vieles bewirken. In Berlin probiert man Ähnliches derzeit zum Beispiel auch im Görlitzer Park. Und auch dort hat sich die Situation inzwischen ganz offensichtlich spürbar entspannt. *cs*

Urbanus Concept, Berliner Straße 69, 13189 Berlin, Telefon 40 05 31 56, info@urbanus-concept.de www.urbanus-concept.de

Ch. Eckelt

Kommunales Vorkaufsrecht jetzt auch im Wedding?

Im Milieuschutzgebiet Leopoldplatz macht der Bezirk Ernst

Transparente hängen an den Balkonen der Mietshäuser in der Amsterdamer Straße 14 und der Malplaquetstraße 25. Aus dem Internet haben die Mieter erst kürzlich erfahren, dass ihre Häuser zum Verkauf stehen – geahnt haben sie es aber schon vorher. Schon im Frühjahr 2016 haben sie sich getroffen, um sich zu organisieren Auch der Bezirk Mitte hat sich inzwischen eingeschaltet: Die Nachbarhäuser könnten zur Premiere für die Ausübung des kommunalen Vorkaufsrechts in den Sozialen Erhaltungsgebieten unseres Bezirk werden.

Friedrichshain-Kreuzberg ist dabei der Vorreiter. In zehn Fällen hat unser Nachbarbezirk ein solches Vorkaufsrecht schon ausgeübt und sieben davon erfolgreich abgeschlossen. In einem Fall hat das Verwaltungsgericht mit einer sehr allgemeinen Begründung ein Urteil gegen den Bezirk gefällt, der dagegen jedoch in Berufung geht. Der Senat unterstützt das Handeln des Bezirks: Im Sommer haben die Senatsabteilung für Finanzen und die Senatsabteilung für Stadtentwicklung und Wohnen ein gemeinsames Konzept entwickelt, das den Bezirken aufzeigt, wie sie beim Vorkaufsrecht vorgehen sollen. Dabei betritt Berlin kein juristisches Neuland: In anderen Städten wie München oder Hamburg wird dieses Vorkaufsrecht schon seit vielen Jahren ausgeübt.

In Berlin jedoch haben die klammen Bezirkskassen die Ausübung dieses im Baugesetz verankerten Rechtes bislang verhindert. Das größte Problem waren dabei die kurzen Fristen von nur zwei Monaten, die das Gesetz den Kommunen gewährt, um in einen Kaufvertrag einzutreten. Mit den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften als Partner wird dies nun möglich. Sie genießen auf dem Kapitalmarkt gute Konditionen. Auch werden sie vom Senat dazu aufgefordert, ihren Bestand nicht nur durch Neubau, sondern auch durch Zukauf aufzustocken: wenn die Preise nicht völlig überhöht sind, können sie also für die Bezirke auch kurzfristig als Käufer auftreten. Im Mitte wird dabei zunächst die WBM gefragt. Lehnt diese ab, so ist als nächstes die DEGEWO an der Reihe.
Im Falle der Amsterdamer Straße 14 / Malplaquetstraße 25 habe die WBM bereits ihre Bereitschaft signalisiert, so berichtet der zuständige Bezirksstadtrat Ephraim Gothe. Der Kaufpreis von 3,5 Mio. Euro für die 29 Wohnungen und drei Gewerbeeinheiten sei mit rund 1000 Euro pro Quadratmeter nicht zu hoch, obwohl in absehbarer Zeit auch noch Sanierungsarbeiten fällig würden. Der ursprüngliche Käufer kann das Vorkaufsrecht aber auch abwenden, wenn er eine Vereinbarung mit dem Bezirk eingeht, in der er sich für die Einhaltung sozialer Ziele im Erhaltungsgebiet verpflichtet – zum Beispiel durch den Verzicht auf die Umwandlung in Eigentumswohnungen und die Einhaltung von Mietobergrenzen nach der Wohnungssanierung.
In Mitte gibt es insgesamt fünf Milieuschutzgebiete: Seestraße, Leopoldplatz und Sparrplatz im Wedding sowie die Gebiete Waldstraße und Birkenstraße in Moabit.

Die Mieterinnen und Mieter in den beiden betroffenen Häusern Amsterdamer und Malpalquetstraße würden die Immobilien am liebsten gemeinschaftlich erwerben. Dazu haben sie sich in einem Hausverein zusammengeschlossen und sind auf der Suche nach einem starken Partner wie etwa dem »Mietshäuser Syndikat«, der Kapital zur Verfügung stellen kann, aber auch nach zahlreichen Unterstützern, die Kleinkredite gewähren. Dabei bestehen durchaus Chancen: In Kreuzberg gelangte Anfang Dezember das Haus Zossener Straße 48 über das bezirkliche Vorkaufsrecht im Sozialen Erhaltungsgebiet in die Verfügungsgewalt einer vergleichbaren Hausgemeinschaft. *cs*

Am Samstag, dem 16. 12. kann man sich nachmittags in der »Montagehalle« in der Malplaquetstraße 25 über den aktuellen Stand informieren. Die Mieter und ihre Unterstützer treffen sich dort um 17 Uhr.

Neujahrsempfang im Parkviertel

Am 25. Januar 2018 lädt die Stadtteiljury Parkviertel zu einem Neujahrsempfang. Die Veranstaltung findet von 19 bis 21 Uhr im Fliednersaal des Stadtteilzentrums Paul Gerhardt Stift Soziales in der Müllerstraße 56-58 statt. Die Stadtteiljury möchte interessierte Gruppen, Vereine und Anwohnende an diesem Abend über die Stadtteilkasse und die mit ihr verbundenen Fördermöglichkeiten informieren. Außerdem stellen sich die Projekte des Jahres 2017 vor. Für Essen und Trinken wird gesorgt.
Kontakt: Stadtteilkoordinatorin Parkviertel, Sanja Gusić,
Telefon 45 00 51 17, sanja.gusic@evangelisches-johannesstift.de

Eckensteher

Städtische Melkkühe

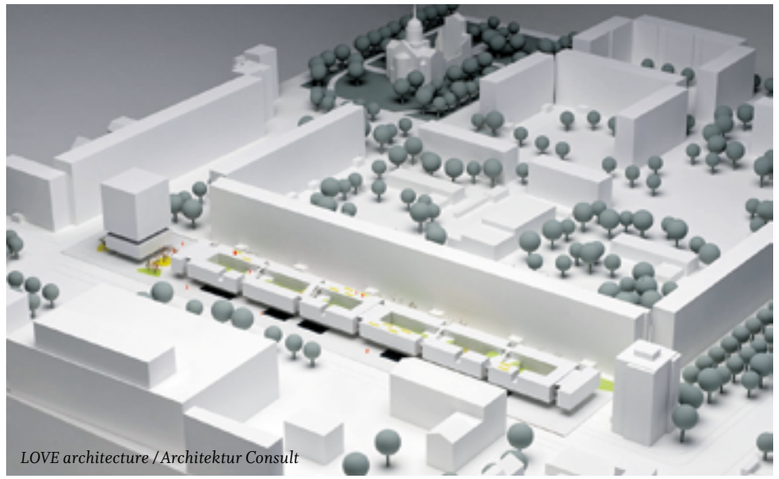
Es ist Zeit, einmal ein Wort der Verteidigung einzulegen: für die städtischen Wohnungsbaugesellschaften, die derzeit gefordert werden, als wären sie hochgezüchtete eierlegende Wollmilchsauen.
Sie sollen nach dem Willen der Stadt jetzt ganz schnell ganz viele ganz preiswerte und qualitätsvolle Wohnungen bauen. Alles soll sozial- und umweltverträglich sein und die Anwohner möglichst auch frühzeitig »bürgerbeteiligt« werden. Außerdem sollen die Gesellschaften, wo immer es geht, das städtische Vorkaufsrecht in Anspruch nehmen, um Spekulation und Gentrifizierung einen Riegel vorzuschieben. Andererseits sollen sie aber auch wirtschaftlich arbeiten, ohne Minus für die Stadtkassen.
Das hört sich alles mehr nach Wünschdirwas an als nach Realität. Die sieht nämlich ganz anders aus: Baukosten und Grundstückspreise gehen in Berlin inzwischen durch die Decke. Damit verteuern sich nicht nur die Ankäufe von Gebäuden, sondern eben auch Neubauten enorm. Sozialmieten können unter den gegenwärtigen Umständen im Neubau niemals kostendeckend sein, jedenfalls nicht bei vernünftiger Wohnqualität. – Jeder, der mit Geld wirtschaften muss, weiß, dass Minusgeschäfte irgendwie ausgeglichen werden müssen. Versucht ein Unternehmen wie die Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) dann den Ausgleich (zum Beispiel durch einen Bürobau), gehen Bürger und Lokalpolitiker prompt auf die Barrikaden.
Mit Verlaub: Diese Kritik ist verlogen. Da geht es um Partikularinteressen (»Klar sollen die preiswerten Wohnraum schaffen – aber doch bitte nicht bei mir vor der Haustür / auf meinem Parkplatz!«), oder um, sagen wir mal: wohlfeile Profilierung von Lokalpolitikern – aber leider sehr selten um die Sache an sich. Und hat man schon jemals den geballten Bürgerprotest auf der Straße gesehen gegen die keineswegs sozialverträglichen Bauvorhaben von Privatinvestoren?
Hinzu kommt, dass die Wohnungsbaugesellschaften bei konkreten Planungen oft genug zwischen Senat und Bezirken gerupft werden wie ein halbtotes Huhn: je nachdem, wer gerade eine wichtige Wahl vor sich hat und sich vor den Bürgern ein bisschen geschmeidig machen möchte. So plädierte im Fall der Fischerinsel der frühere Senat für ein Hochhaus, der Bezirk war ein bisschen dagegen, Anwohner protestierten wirkungsvoll. Jetzt, nach der großen Berlin-Wahl, ruderte auch der neue Senat zurück – auf den Planungskosten bleibt allerdings die WBM hängen, und Buhmann ist sie sowieso.
An dieser Stelle gilt die Kritik der Politik – denn es geht hier um Gesellschaften, in deren Aufsichtsräten auch Landespolitiker sitzen, die sehr wohl wissen, wie die Lage ist. Und sie ist – pardon – beschissen. Die rotrotgrüne Landesregierung hat, zugegeben, ein schweres Erbe angetreten. Jahrelang hatten SPD-Bausenatoren ihr Mantra vom ach so entspannten Wohnungsmarkt hergebetet, ohne auch nur eine Zahl zu prüfen. Die Landespolitiker kann man nur davor warnen, die Fehler der 1990er und 2000er Jahre zu wiederholen.
Denn damals wurden die Wohnungsbaugesellschaften als landeseigene Unternehmen gemolken wie Hochleistungskühe. Nach dem Altschuldenhilfegesetz mussten sie in den 1990er Jahren Bestände privatisieren, bis es krachte. Sie wurden trickreich verkauft, vor allem untereinander, von ehemals 19 städtischen Gesellschaften im Jahr 1990 blieben auf diese Weise nur noch sechs übrig. Mit solchen In-sich-Geschäften spülte der damalige schuldengeplagte Senat Geld von der einen in die andere Tasche. Zwischen 1990 und 2005 wurde der kommunale Wohnungsbestand durch Verkäufe auf die Hälfte geschrumpft. Zudem waren die Gesellschaften Anfang der 2000er Jahre gezwungen, massenhaft Wohnraum zu vernichten, etwa in Marzahn und Hellersdorf – für den »Rückbau« gab es sogar Prämien. Heute werden diese Wohnungen wieder dringend benötigt und müssen zu erheblichen Baukosten neu errichtet werden. Diesen Wahnsinn haben aber nicht die Wohnungsbaugesellschaften verzapft – es waren politische Entscheidungen.
Nun sollen die städtischen Wohnungsbaugesellschaften wieder die Misere auffangen. Auf die große Krise gäbe es hingegen nur eine grundsätzliche Antwort: Friert die Grundstückspreise ein und stoppt den Betongold-Wucher! Das ist freilich eine Aufforderung an die Bundespolitik. Da müsste man aber auch an die heilige Kuh Eigentum ran – und nicht an die städtischen Melkkühe … *Ulrike Steglich*

Bildecke

Ch. Eckelt

WBM plant um

Büro- statt Wohnturm in der Köpenicker Straße



LOVE architecture / Architektur Consult

Bereits am 6. Oktober hat der Aufsichtsrat der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM) beschlossen, das geplante 13-geschossige Gebäude an der Ecke Köpenicker und Michaelkirchstraße nicht als Wohnturm zu errichten, sondern als Bürogebäude. Das gab die WBM öffentlich Ende November auf einer Informationsveranstaltung zum Gesamtprojekt bekannt. Statt der ursprünglich geplanten 152 Wohnungen sollen an der Köpenicker Straße nun nur noch 78 Wohneinheiten entstehen – in mehreren dreigeschossigen Bauten vor den Plattenbauten der Köpenicker Straße 104–114.

Offiziell wurde diese Umplanung mit möglichen Schallemissionen begründet, die die oberen Stockwerke des Wohnturms vom Heizkraftwerk aus erreichen könnten. Wenn in besonderen Ausnahmesituationen die Kühlanlage und Ventilatoren der Gasturbine mit voller Kraft arbeiteten, könne dort der in der Nacht zulässige Grenzwert von 45 dBA überschritten werden. »Das haben Schallschutzgutachten nicht ausschließen können, genau weiß man es erst, wenn Schallmessungen am bestehenden Gebäude vorgenommen werden können«, so der Pressesprecher der WBM, Martin Püschel. »Auf dieses Restrisiko verweist ausdrücklich auch der Bauvorbescheid des Bezirks vom Mai 2017.«
Zwar beklagen sich viele Anwohner regelmäßig am »Runden Tisch Köpenicker« über Lärmbelästigungen. Die gehen aber entweder auf den Straßenverkehr oder indirekt auf die Clubs in der Köpenicker Straße zurück: etwa, wenn Besucher nachts massenhaft auf den Einlass warten. Störender Betriebslärm des Heizkraftwerks jedoch wurde in den vergangenen Jahren nie thematisiert. Auch Vattenfall bestreitet Emissionen über dem zulässigen Grenzwert: »Das Heizkraftwerk ist nicht zu laut und verhindert keine Wohnbebauung«, bestätigt der Berliner Pressesprecher Olaf Weidner.
Natürlich waren die Anwohner wenig amüsiert, plötzlich mit dieser Nutzungsänderung konfrontiert zu werden – sie hatten ja vor allem das Bauvorhaben deshalb akzeptiert, weil hier dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden sollte. Dass die Zahl der geplanten Wohnungen nun zugunsten von Büros halbiert wird, stieß deshalb auf Protest, auch bei Bezirksverordneten.
Sicher ist jedoch: Das Neubauprojekt in seiner ursprünglichen Wohnbauvariante bringt für die WBM erhebliche finanzielle Belastungen und Risiken mit sich. Denn die späteren Mieten dürfen nach der Kooperationsvereinbarung mit dem Senat auch bei den nicht-preisgebundenen Wohnungen durchschnittlich nicht höher als 10 Euro pro Quadratmeter liegen. Dabei zeigte sich der Senat bislang unflexibel: Als die WBM im Herbst darum gebeten hatte, diesen Spielraum bei dem Neubauprojekt auf der Fischerinsel auf 11 Euro pro Quadratmeter zu erhöhen, war dies abgelehnt worden.
Auf der Fischerinsel musste die WBM nach Bürgerprotesten, politischem Druck des Bezirks und der neuen Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen umplanen und auf das umstrittene Wohnhochhaus verzichten. Dadurch entstanden zusätzliche Planungskosten in Millionenhöhe, auf denen die WBM nun sitzen bleibt. Dazu kommen noch die Preise im Baugewerbe, die gegenwärtig in Berlin jährlich um 3,8 % und damit doppelt so schnell wie die allgemeinen Lebenshaltungskosten steigen: Nach drei bis vier Jahren Planung und Bauvorbereitung summieren sich diese auf deutlich mehr als 10 %, die wegen des starren Regelwerks des Senats nicht weitergegeben werden können.
An der Köpenicker Straße liegen die Probleme unter dem Boden. Denn unter dem Bauplatz verlaufen Fernwärmeleitungen des Heizkraftwerks, was den Tiefbau erschwert und die Baukosten erheblich steigert. Im Untergeschoss soll eine Tiefgarage für 110 Pkw errichtet werden, die kostendeckend später für 100 Euro im Monat vermietet werden müssten. Diese Nachricht sorgte bei der Informationsveranstaltung für erheblichen Unmut der Mieter, die bislang ihre Autos für einen wesentlich geringeren Beitrag abstellen können. Zum Jahresende 2018 will die WBM die Verträge für die Mieterparkplätze an der Köpenicker Straße kündigen, um Baufreiheit herzustellen. Im kommenden Jahr wird aber auch die Parkraumbewirtschaftung in der Nördlichen Luisenstadt eingeführt, eine zwei Jahre lang gültige Parkvignette kostet dann 20 Euro. Ob nach zweieinhalbjähriger Bauzeit – anvisiert wird die Fertigstellung der Neubauten für das Frühjahr 2021 – WBM-Mieter rund 1.200 Euro im Jahr für einen Tiefgaragenplatz ausgeben möchten, ist eher fraglich. Bei den Firmen, die in den Büroturm einzögen, sähe das anders aus, denn sie bekämen keine Anwohnervignetten. Zudem sind Gewerbemieten nicht gedeckelt: Um die 20 Euro pro Quadratmeter Monatsmiete dürften für ein attraktives Neubau-Büro mit Tiefgaragenstellplatz in zentraler Lage problemlos zu erzielen sein.
Für die Mieter der WBM wäre dies kein Nachteil: Wenn die Wohnungsbaugesellschaft mit den Büromieten ihre Verluste im Neubau kompensieren kann, sinkt der Druck, die Spielräume für Mieterhöhungen der Bestandswohnungen bis aufs Letzte auszureizen. *cs*

(siehe Kommentar S. 5)

Schwieriges Wort, schwierige Umsetzung

Mehr als 2.000 Verfahren, fast 1.500 Widersprüche, 300 Rechtsstreitigkeiten gibt es beim »Zweckentfremdungsverbotsgesetz« – allein in Mitte

Seit Mai 2014 gilt in Berlin das Zweckentfremdungsverbot. Laut diesem Gesetz sind sowohl Wohnungsleerstand, der länger als sechs Monate andauert, als auch die Vermietung als Ferienwohnung und andere Zweckentfremdungen verboten bzw. genehmigungspflichtig. Vermieter von Ferienwohnungen hatten zwei Jahre lang die Möglichkeit, einen offiziellen Genehmigungsantrag zu stellen oder die Wohnungen wieder regulär zu vermieten.

Davon wurde in ganz Berlin nur ca. 6.000 Mal Gebrauch gemacht, wobei die Anzahl von Ferienwohnungen auf 12.000 bis 25.000 geschätzt wird. In den dreieinhalb Jahren konnten im Bezirk Mitte gerade einmal 300 Wohnungen auf den Wohnungsmarkt zurückgeführt werden. Die Initiative »Wem gehört Moabit?« hatte Ende November die zuständige Bezirksstadträtin Dr. Sandra Obermeyer (parteilos, für Die Linke) zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Zweckentfremdungsverbot eingeladen, zumal das Gesetz im nächsten Jahr novelliert werden soll.
Das Interesse war groß – etwa 70 Menschen kamen in den Nachbarschaftstreff in der Rostocker Straße. Nach einer Einleitung zum Inhalt des Gesetzes und der geplanten Novelle berichtete Obermeyer, wie die Bezirksverwaltung arbeitet. Bis Ende 2016 waren aus der Bevölkerung 3.600 Hinweise eingegangen, Begehungen und Internetrecherche der Verwaltung brachten Erkenntnisse in 1.835 Fällen. Nur zehn Mitarbeiter müssen zurzeit 2.133 Einzelverfahren bearbeiten. 1.831 Genehmigungsanträge wurden gestellt, davon 431 für Leerstand, 1.260 für Ferienwohnungen, 231 für sonstige zweckfremde Nutzung und 9 für Abriss (Stand: 30. 9. 2017). Die Verwaltung musste feststellen, dass die meisten Vorgänge Widerspruchsverfahren (1.403 von insgesamt 1.430), Ordnungswidrigkeitsverfahren (13 von 14) und Rechtstreitigkeiten (ca. 270 von 313) Ferienwohnungen betreffen (Stand: 31. 12. 2016).

A. Wilke (KoSP)

Die Verwaltung sei »mit Herzblut« dabei, Missbrauch von Wohnraum durch Leerstand und Ferienwohnungen zu ahnden, sagte die Stadträtin. Die Verfahren dauern jedoch oft lange. Bevor ein Bescheid zur »Wiederzuführung« der Wohnung an den Wohnungsmarkt mit Zwangsgeldandrohung ergehen kann, muss der »Verfügungsberechtigte« der Wohnung zunächst ermittelt und angehört werden. Bei Widersprüchen sind Widerspruchsbescheide zu fertigen. Alles muss gut begründet sein. Die Abgrenzung ist oft schwierig, es gibt Grauzonen. Viele Ferienwohnungsvermieter haben ihr Angebot auf möblierte Wohnungen für Kurzzeitmieter umgestellt. Dazu nannte Rainer Balcerowiak erschreckende Daten: Ein Drittel der in Berlin vermieteten Wohnungen, in Mitte und anderen Innenstadtbezirken sogar mehr, werden möbliert angeboten, wie der Anfang des Jahres vorgestellte Wohnungsmarktreport aufgezeigt hatte. Schwierig ist der Nachweis auch, wenn längerfristige Mietverträge vorgelegt werden, um eine Ferienwohnungsvermietung zu verschleiern.
Durch dieses langwierige Verfahren und die vielen Gesetzesschlupflöcher entsteht bei Mietern der betroffenen Häuser häufig der Eindruck, dass nichts oder wenig passiert, begünstigt durch den Umstand, dass sie nicht »Beteiligte des Verfahrens« sind und nicht informiert werden.
Das gleiche Bild zeigt sich auch beim Leerstand. Eine schriftliche Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung wurde im September 2017 so beantwortet, dass in 13 von 21 Häusern der Leerstand nicht bekannt sei, aber »im Rahmen der Möglichkeiten ermittelt werde«. Neue Verfahren könnten jedoch wegen Überlastung oft nicht sofort anlaufen. Hier war auch nach einigen Häusern gefragt worden, in denen zwischenzeitlich Modernisierungsmaßnahmen begonnen wurden – was zeigt, dass kaum Zusammenarbeit zwischen Bauamt und Zweckentfremdungsstelle stattfindet. Die Berliner Abendschau fokussierte ihren Bericht auf den bekannten Fall der Calvinstraße 21, wo 9 von 15 Wohnungen schon 6 Jahre lang leer stehen. In der genannten Anfrage hieß es noch im September, dass strittig sei, ob es sich überhaupt um »schützenswerten Wohnraum« im Gesetzessinn handele – denn der Eigentümer hatte darauf verwiesen, dass die Wohnungen nicht vermietbar seien. Das hat er jedoch durch Entkernung wegen umfangreicher Modernisierungspläne, die schon vor vier Jahren vor dem Landgericht gescheitert waren, selbst verursacht.
Das Bezirksamt geht mittlerweile zwar von Wohnraum aus. Damit ist aber immer noch nichts gegen den Leerstand gewonnen: denn nun heißt es, die Wohnungen würden saniert. Laut Gesetz muss dafür ein Jahr Leerstand genehmigt werden. Mieter halten das für reine Verzögerungstaktik.
In der Diskussion wurden weitere Beispiele von Leerstand genannt und Vorschläge für die Verbesserung des Gesetzes gesammelt. Hinweise auf den hohen Wert, den das Eigentum im Rechtssystem genießt, wurde der Leitsatz »Eigentum verpflichtet« entgegengehalten, Regelungen gegen Profitmaximierung mit Wohnraum eingefordert.
Susanne Torka

Auch der »Runde Tisch gegen Gentrifizierung in Moabit« wird sich weiter mit den Themen beschäftigen, er trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat um 19 Uhr in der Lübecker Straße 19 und ist offen für alle.

Erinnern – aber wie?

Wie kann man im öffentlichen Raum an Menschen, an verschwundene Orte oder historische Ereignisse erinnern – und wie kann man solche Erinnerungsorte vor Zerstörung schützen?

Ch. Eckelt

Das Gebiet, das in der Planersprache Karl-Marx-Allee, II. Bauabschnitt genannt wird, erstreckt sich links und rechts der Allee zwischen dem Strausberger und dem Alexanderplatz. Es ist das in den 1960er Jahren errichtete erste Bauprojekt der DDR in Großplattenbauweise. Doch auch in diesen Wohngebieten der Moderne sind zahlreiche »Stolpersteine« in den Boden der Gehwege eingelassen. Sie erinnern an jüdische Berliner, die vor ihrer Deportation und Ermordung durch die Nazis hier ihren letzten Wohnort hatten. Jedoch fällt es schwer, sie räumlich zuzuordnen: die alten Häuser existieren ja nicht mehr. Ähnlich verhält es sich mit dem Denkmal in der Grünfläche Alexanderstraße 23, einem Kubus aus Draht mit Backsteinen, der auf die frühere Synagoge in der Kaiserstraße 29 verweist. Doch weil die um 1900 erbauten Quartiere und deren historisches Straßenraster in den 1960er Jahren komplett überbaut worden sind, bleiben die Orte abstrakt.

Die Erfahrung zeigt, dass Erinnerung immer einen fassbaren Gegenstand braucht. Vielleicht würde es der Orientierung dienen, die Grundrisse der einstigen Gebäude mit Steinen nachzuzeichnen, um u. a. den Stolpersteinen einen »Rahmen« zu geben

Wer über die Schillingbrücke Richtung Süden geht, gelangt in einen völlig anders strukturierten Stadtraum: In der Nördlichen Luisenstadt sind trotz der Kriegszerstörungen viele Gebäude aus unterschiedlichen Zeitschichten erhalten geblieben, zahlreiche Straßenzüge folgen trotz der Neubebauung nach dem zweiten Weltkrieg ihrem historischen Verlauf. Im Gegensatz zur »Karl-Marx Allee II« gibt es noch viele Spuren, an der die Vermittlung von Geschichte ansetzen kann. So soll eine im Rahmen des Spreeuferweges vorgesehene »Geschichtsinsel« mit dem Thema der Industrialisierung am Spreeufer südlich der Jannowitzbrücke entstehen. Dort steht etwa die Jugendstilfassade der einstigen Zigarettenfabrik Josetti stellvertretend für die Etagenfabriken der Zeit um 1900.

In der Nördlichen Luisenstadt wird deutlich, dass Erinnerung immer auch lokale Akteure braucht. So scheint hier durch den Bürgerverein Luisenstadt nach 1989 verdienstvoll eine Erinnerungskultur geradezu nachgeholt worden zu sein, die – bedingt durch das politische System der DDR – nicht möglich war. Dabei wird hier die Erinnerung an Personen und historische Ereignisse durch eine Vielzahl von Gedenktafeln (z. B. zu den 1848er Barrikaden an der Rossstraßenbrücke) über Denkmale bis hin zur Benennung neu angelegter Straßen (Bona-Peiser-Weg) wach gehalten.

Erinnerung braucht vor allem Medien der Vermittlung. Dabei scheinen die Anforderungen heute differenziert auszufallen. Während die einen den Einsatz moderner Technologien (wie beispielsweise Smartphone-Apps) favorisieren, scheint dies für andere Nutzergruppen wenig günstig zu sein. Dies gilt für nicht nur für ältere Menschen, die teils nicht über diese Technologien verfügen, sondern auch für Jüngere, die internetgestützte Informationssysteme ablehnen, um nicht in allen Lebenslagen elektronisch erfasst zu werden.

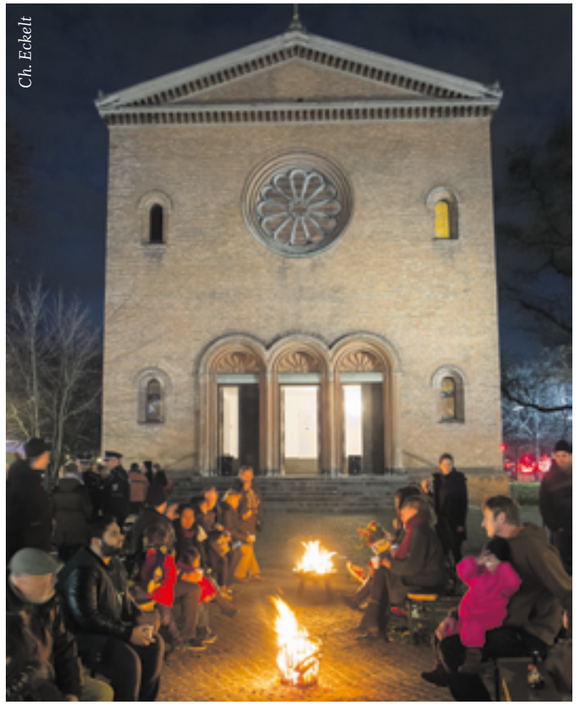
Orte der Geschichte, der Erinnerung brauchen aber auch sinnliche Erfassbarkeit. Um sie zu verstehen, sollten sie erlaufen und darüber »begriffen« werden können. Informationssysteme sollten dazu anregen, sich in der Stadt zu orientieren, Geschichtsspuren in einer Art Erfahrungsraum aufzusuchen und sich in eine Beziehung zu ihnen zu setzen.

In Diskussionen zur Einrichtung und Gestaltung von Erinnerungsorten wird immer auch die Erfahrung des Vandalismus eingebracht: ob beschmierte Denkmäler oder geklaute Stolpersteine und Gedenktafeln. Teils wird dies auf eine fehlende soziale Kontrolle zurückgeführt. Die Zerstörung von Denkmalen und Erinnerungsorten im öffentlichen Raum kann aber auch als Ausdruck eines fehlenden gesellschaftlichen Konsenses gelesen werden.

So steht die Erinnerungskultur im öffentlichen Raum heute, anders als noch vor 30 Jahren, vor neuen Aufgaben. Sie muss epochenübergreifend und multiperspektivisch angelegt sein, um auf die aus unterschiedlichen sozialen, kulturellen und politischen Kontexten in Berlin zusammen kommenden Menschen zu wirken.

Nicht nur in den Fördergebieten des Städtebaulichen Denkmalschutzes geht es also um die Frage, wie Geschichtserinnerung gestaltet wird – und wie man diese Erinnerungsorte schützen kann. Es bleibt zu hoffen, dass in allen Gebieten der Diskurs über Geschichte und Erinnerungskultur geführt wird. In der Nördlichen Luisenstadt ist mit der Diskussion über ein Informations- und Leitsystem entlang des zukünftigen Spreeuferwegs (»Geschichtsinseln«) mit einem Expertengespräch und mehreren Workshops bereits ein guter Anfang gemacht worden.

Eberhard Elfert


Ch. Eckelt

Am 17. Dezember auf den Leo

Verpassen Sie den weihnachtlichen Weddingmarkt nicht!

Eine Woche vor Heiligabend findet auf dem Leopoldplatz wieder der weihnachtliche Weddingmarkt statt. Wahrscheinlich wird es deutlich voller als auf dem Foto, das den Markt am Nikolaustag des Jahres 2015 zeigt.

Inzwischen findet der Weddingmarkt im Sommer sogar einmal im Monat auf dem Leo statt – zwischen Mai und September diesen Jahres jedenfalls war das so. Der Weihnachtsmarkt am Sonntag, dem 17. Dezember, ist sozusagen die winterliche Version.

Man kann ihn nur empfehlen. Nicht nur, weil es auch diesmal wieder ein kulturelles Begleitprogramm gibt und die Atmosphäre viel familiärer sein wird als auf den üblichen Weihnachtsmärkten der Stadt. Sondern auch, weil man hier tatsächlich auf den letzten Drücker noch Geschenke finden kann, die nicht auch im Shopping-Center von Buxtehude angeboten werden. Und bei denen man auch im Internet ziemlich genau wissen müsste, wo man sucht. Denn die Angebote stammen von lokalen Produzenten und sind handgefertigt oder zumindest nur in kleiner Auflage hergestellt. Beispielsweise echt Weddinger Honig zum Beispiel, von »himmelbeet« oder aus der Wiesenburg. Oder lieber doch Schnaps und Likör aus dem Wedding: »O'Donnel Moonshine«? Man bekommt dort auch noch das neue Wedding-Foto-Text-Buch von Axel Völcker und Julia Boek, den preisgekrönten Machern des längst vergriffenen Magazins »Der Wedding«. Und das sind nur drei Beispiele von vielen.

Nicht nur für die Kinder gibt es auch wieder Lagerfeuer und Stockbrot, organisiert von himmelbeet. Und auch die StandortGemeinschaft der Gewerbetreibenden aus der Müllerstraße wird sich wohl wieder präsentieren. Die hatte den Weihnachtsmarkt auf dem Leo vor zwei Jahren wieder angeschoben, nachdem er zwischenzeitlich mehrfach ausgefallen war.

cs

Kommentar

Elise-und-Otto-Hampel-Was?

Der ewige Konflikt um die Benennung des Platzes zwischen dem Rathaus Wedding und der Schiller-Bibliothek scheint entschieden zu sein. Auf die Anregung der Stadtteilvertretung mensch.müller hin hat das Bezirksamt Mitte nun beschlossen, zumindest den für den Verkehr gesperrten Abschnitt der Limburger Straße zwischen Müllerstraße und Genter Straße nach dem Weddinger Arbeiterehepaar Elise und Otto Hampel zu benennen. Die Eheleute wurden 1944 in Plötzensee hingerichtet, weil sie Postkarten gegen die Nazis geschrieben und verteilt hatten. Ihre bewegende Geschichte diente dem Schriftsteller Hans Fallada als Vorlage für seinen weltbekannten Roman »Jeder stirbt für sich allein«.

An diesem Abschnitt der Limburger Straße gibt es keine Hausnummern, sowohl das Jobcenter als auch die Schillerbibliothek könnten ihre bisherige Adresse behalten, dennoch wäre ein Zeichen gesetzt, um die Widerstandskämpfer an prominenter Stelle zu ehren. Wie aber genau soll er heißen? Elise-und-Otto-Hampel-Weg? Elise-und-Otto-Hampel-Passage? Oder doch lieber Elise-und-Otto-Hampel-Platz? Darüber schweigt sich das Bezirksamt aus.

Aus journalistischer Sicht wäre »-Platz« die wünschenswerte Variante. Denn zumindest der Vorplatz des Jobcenters ist ja alles andere als eine reine Abstandsfläche zwischen Amtsgebäude und Geschäftsstraße, sondern als urbaner Platz konzipiert, auf dem auch urbanes Leben stattfinden soll. Der Ort bräuchte deshalb einen Namen, auch wenn es strenggenommen eine Mogelpackung wäre. Dessen amtliche Bezeichnung »Freifläche Müllerstraße 147« ist jedenfalls wenig geeignet, Orientierung zu bieten, denn wer hat schon die Hausnummern der Müllerstraße im Kopf? Aber vermutlich gibt es irgendeine Verordnung oder Ausführungsvorschrift, die es untersagt, einen Straßenabschnitt einfach mit »-Platz« zu benennen, wenn der Platz aus nicht nachvollziehbaren, aber amtlichen Gründen so nicht heißen darf.

Wie wäre es deshalb mit »Elise-und-Otto-Hampel-Forum«? Das klingt zugegebenermaßen ein wenig hochtrabend, steht aber deshalb durchaus in Berliner Tradition. Im alten Rom war das Forum der zentrale öffentliche Stadtplatz, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern vor allem auch in politischer und kultureller Hinsicht. Der Platz zwischen der Weddinger Bibliothek, dem Jobcenter, dem Rathaus als wichtigstes Weddinger Verwaltungsgebäude und in gewollter unmittelbarer Beziehung zur größten Ingenieursschmiede der Stadt mit 16.000 Studenten hat deshalb lokal durchaus die Funktion eines Forums.

Und so genau nimmt es die Stadt auch anderswo mit dem Begriff ja auch nicht. Denn das neue große Betonhaus im Herzen der Stadt heißt auch »Humboldt-Forum«, ähnelt dabei dem historischen Stadtschloss nur äußerlich etwas und ist schon gar kein urbaner Stadtplatz, sondern ein Museumsgebäude an der recht engen Straße »Schlossplatz«. Wieso sollte sich der Wedding dann kein nur vergleichsweise leicht gemogeltes »Elise-und-Otto-Hampel-Forum« in seinem Zentrum gönnen?

Christof Schaffelder

Kältehilfe wird ausgebaut

Mehr als 200 zusätzliche Übernachtungsplätze in Planung

Angesichts der stark steigenden Zahl von Obdachlosen in Berlin reicht die Zahl der Plätze, die zur im Winter zur Notübernachtung zur Verfügung stehen, bei weitem nicht aus. Auch im Bezirk Mitte sollen daher die Kapazitäten ausgeweitet werden. Gegenwärtig stehen hier insgesamt 283 Plätze zur Verfügung, die größte Einrichtung ist dabei mit Abstand die Berliner Stadtmission in der Lehrter Straße mit 121 Übernachtungsmöglichkeiten. Aber auch kleinere Einrichtungen leisten ihren Beitrag. So organisiert beispielsweise die Berliner Obdachlosenhilfe im Hofgebäude der evangelischen Nazarethkirchgemeinde in der Nazarethkirchstraße 50 einmal die Woche ein »Nachtcafé«. Der Obdachlosenkulturverein »Unter Druck« in der Oudenarder Straße 26 stellt ab dem ersten Januar einmal wöchentlich zusätzliche 15 Übernachtungsplätze bereit.
Größere Projekte sind in Planung. So will die AWO in der Gotenburger Straße künftig ganzjährig rund 85 Notübernachtungsplätze bieten. Dagegen musste ein Projekt am Haus der Statistik am Alexanderplatz aufgegeben werden. Auf dessen Parkplatz sollte ein beheizbares Zelt errichtet werden – die Kosten für den Aufbau und die Miete seien jedoch nicht vertretbar, berichtete Bezirksstadtrat Ephraim Gothe bei einem Pressegespräch am 1. Dezember. *cs*

Verkaufen Sie an die Städtischen!

Stadtrat plant Anzeigenkampagne

Viele Mietshäuser befinden sich im Eigentum von Privatpersonen, die noch eine Bindung zu ihren Mietern pflegen. Wenn diese Eigentümer älter werden, wird ihnen die Hausverwaltung aber oft zu anstrengend. Oder die Erben von Alteigentümern leben verstreut und möchten die gemeinsame Verantwortung nicht weiter übernehmen. Dann werden die Häuser meist verkauft, was unter den Mietern oft für große und leider auch berechtigte Unruhe sorgt.
Der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung in Mitte, Ephraim Gothe möchte jetzt mit Anzeigen in lokalen Zeitungen darauf hinweisen, dass auch die Möglichkeit besteht, an städtische Wohnungsbaugesellschaften zu verkaufen, die sich zu einem weitgehenden Mieterschutz verpflichtet haben. »Ich kenne zum Beispiel einen Fall, wo die betagte Eigentümerin per Aushang im Haus die Mieter fragte, ob sie die Immobilie nicht übernehmen wollen«, erzählt er. »Der Bezirk würde auch in ähnlichen Fällen gerne den Kontakt zu den Wohnungsbaugesellschaften vermitteln. Die sind ständig auf der Suche nach Altbauten, um den kommunalen Wohnungsbestand in Berlin zu vergrößern. Sie sind zahlungskräftig und zügig in der Lage, ein Kaufangebot abzugeben.« *cs*

Teuer und integrationsfeindlich

Der Bezirk muss immer noch rund 1500 Flüchtlinge in Hostels unterbringen

Der Bezirk Mitte muss insgesamt 6655 sogenannte »statusgewandelte Flüchtlinge« versorgen, die inzwischen einen Aufenthaltsstatus haben und deshalb eigentlich nicht mehr in den Flüchtlingsunterkünften untergebracht werden sollen. Das sind rund ein Drittel der Flüchtlinge aus dieser Kategorie, weil Mitte nicht nur für alle zuständig ist, die im Januar geboren wurden, sondern auch für die, die kein Geburtsdatum angeben können und deren Geburtsdatum deshalb sozusagen automatisch auf den 1. Januar festgelegt wurde.
Die meisten von ihnen wohnen allerdings noch in den Notunterkünften, rund 1500 Geflüchtete werden aber auch in Hostels untergebracht. Dazu hat der Bezirk Mitte zwei Hostels komplett angemietet, andere werden teilweise belegt. Die Kosten dafür betragen 20 bis 25 Euro pro Tag, sie werden komplett vom Bund übernommen. Im Monat summiert sich das auf bis zu 750 Euro pro Kopf, bei einer vierköpfigen Familie beispielsweise also auf bis zu 3.000 Euro. Bezirksstadtrat Gothe kritisierte bei einem Pressegespräch, dass für das Land Berlin zu wenig Anreiz bestehe, diesen Zustand zu ändern.
Einzig die Hostelbetreiber profitieren davon und bieten sich vor allem im ansonsten umsatzschwachen Winter den Sozialämtern der Bezirke regelrecht an. Für die Integration der Flüchtlinge ist die Unterbringung in winzigen Mehrbettzimmern aber alles andere als ideal. *cs*

Ch. Eckelt

Im Winter können Obdachlose nicht mehr wie hier im Foto so einfach auf dem Boden schlafen. Die Stadt stellt Notübernachtungsplätze zur Verfügung, doch die reichen nicht.

Schulbesuchshund und Monatsfeiern

Die Leo-Lionni-Grundschule wird für ihr Konzept des sozialen Lernens ausgezeichnet

Ch. Eckelt

Die Leo-Lionni-Grundschule hat den »Helga-Moericke-Preis für soziales Lernen« erhalten. Der Preis wird von der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik gestiftet.

Wer während der großen Pause das Schulgebäude der Leo-Lionni-Grundschule betreten will, der muss erst an einer Gruppe Schülern vorbei, die an der Tür darüber wachen, dass die Kinder auf dem Hof bleiben. Das wird an vielen Grundschulen ähnlich gehandhabt: In den unterschiedlichen Jahrgangsstufen erhalten die Schülerinnen und Schüler besondere Aufgaben, die sie in unterschiedliche soziale Rollen schlüpfen lassen. Die Leo-Lionni-Grundschule entwickelt dieses System weiter: Angefangen beim Klassenrat, zu dem sich die Schüler regelmäßig versammeln, über die Streitschlichter, die systematisch ausgebildet und betreut werden, bis hin zur »Bildungsbande«, die mit kooperierenden Kitas geknüpft wird. In dieser besuchen kleine Schülergruppen aus den oberen Jahrgangsstufen die Kita-Kinder, die später die Leo-Lionni-Grundschule besuchen sollen. Bei der Einschulungsfeier nehmen die Großen dann die Kleinen an die Hand und begleiten sie in die Klassenräume.
»Das nimmt den Kleinen die Angst und gibt den Großen Selbstvertrauen«, erklärt die Sozialarbeiterin Bärbel Seiler, die im Bereich der schulbezogenen Sozialarbeit tätig ist und das Projekt mit entwickelt hat. »Anfangs haben wir nur sozial sehr gut integrierte Schülerinnen und Schüler in die Kitas geschickt. Dann haben wir aber gemerkt, dass auch solche mit Problemen dort viel über sich lernen können und der Rollenwechsel ihnen oft gut tut.«

Die schulbezogene Sozialarbeit der Leo-Lionni-Grundschule hat einen großen Anteil am Helga-Moerike-Preis. Bärbel Seiler bringt zum Beispiel oft ihren gut trainierten »Schulbesuchshund« Summer mit in die Schule und lässt die Kinder sich mit ihm beschäftigen: »Dann tauen sie meist merklich auf. Außerdem ist Summer ein gutes Beispiel für Selbstkontrolle. Wenn ein Leckerli auf seiner Pfote liegt, er es aber erst nimmt, wenn wir es erlauben, dann reflektieren die Kinder bei diesem Spiel auch ihr eigenes Verhalten und wir können oft gute Gespräche daran anknüpfen.«
Die schulbezogene Sozialarbeit wird vom »Tandem BTL e.V.« betrieben und betreut auch die Konfliktlotsen der Schule, lehrt Entspannungsübungen und gibt Kurse in Selbstverteidigung. Auch die Erzieherinnen und Erzieher des Schulhortes, der vom Berliner Kinderschutzbund organisiert wird, fördern das soziale Lernen mit ihren Angeboten.
Im Schulalltag sind auch noch andere Elemente verankert, die den Kindern dieses Lernen erleichtern sollen. So finden zum Beispiel für jede Klasse mindestens dreimal im Schuljahr sogenannte Monatsfeiern statt. Dort führen sich die Klassen jahrgangsübergreifend gegenseitig einen Tanz oder ein Lied vor, es kann aber auch mal ein Powerpoint-Vortrag über »Wildtiere in der Stadt« sein. »Dabei treffen sich immer die Klassen eines kompletten Zuges, von der Eingangsstufe bis zur 6. Klasse. Die Kinder verlieren so ihre Scheu vor dem Präsentieren und vor dem Publikum«, erklärt die Schulleiterin Christiane Hahn. »Dass unsere Schülerinnen und Schüler besonders gut im Präsentieren sind, bestätigen uns die weiterführenden Schulen.«

Die Schule mit ihren fast 600 Schülern ist voll, die Klassen sind mit durchschnittlich 25 Schülern an der oberen Grenze dessen angelangt, was in Berlin für Schulen in »Brennpunktbereichen« noch als zumutbar gilt. Die wachsende Schülerzahl im Wedding sieht Christiane Hahn deshalb mit Sorge. Zwar sind an anderen Standorten Kapazitätserweiterungen in Planung – nicht aber an der Leo-Leonni-Grundschule. Dort ist schlicht kein Platz vorhanden. Die Schulleiterin plagen dabei aber Zweifel an der Schulplanung: »Die übersieht, dass viele Schüler auch länger als die regulären sechs Jahre in den Grundschulen bleiben.« Zwar gingen auch immer wieder Kinder früher ab, in die Schnellläufer-Klassen des Lessing-Gymnasiums zum Beispiel. Dafür kommen aber auch neue hinzu, zum Beispiel aus den beiden Willkommensklassen, in der Flüchtlingskinder anfangs unterrichtet werden. »Am Lessing-Gymnasium haben unsere Schüler einen guten Ruf. Wenn wir eine Gymnasialempfehlung aussprechen, dann ist die aufgrund der Leistungen gerechtfertigt. Wir haben ja auch nicht nur Förderkurse für Kinder mit Lernschwierigkeiten in bestimmten Fächern, sondern auch Fördergruppen für Kinder mit besonders guten Leistungen.«
Rund 90 % der Schüler an der Grundachule haben – wie fast überall im Wedding –Migrationshintergrund. Von Vorschlägen zur Einrichtung spezieller Klassen für deutsche Kinder hält Christiane Hahn aber gar nichts: »Wir sortieren unsere Schüler nicht nach Herkunft.« Wenn Eltern beantragen, die Kinder aus einer Kitagruppe zusammen in eine Klasse aufzunehmen, dann werde die Schule diesem Wunsch aber fast immer entsprechen. *cs*

müller/str

Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse Aktives Stadtzentrum
- Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di 9–12 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
René Plessow (030) 9018 45409
rene.plessow@ba-mitte.berlin.de
Claudia Jahns (030) 9018 45463
claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Alt Moabit 73, 10555 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Tanja Claußnitzer (030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement
Planergemeinschaft
Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
(030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32
Gabriele Isenberg-Holm
g.isenberg@planergemeinschaft.de
Winfried Pichierri
w.pichierri@planergemeinschaft.de
www.planergemeinschaft.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Sprecher: Peter Arndt, Antje Grimm
und Christoph Keller
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
Sprechstunde: Mo 18–20 Uhr
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de

StandortGemeinschaft Müllerstraße
c/o Steuerberatung bpw
Müllerstraße 138b, 13353 Berlin
info@muellerstrasse-wedding.de
www.muellerstrasse-wedding.de

Runder Tisch Leopoldplatz
Thorsten Haas, Präventionsrat
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-322 51

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez
Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
(030) 20 06 78 85
info@runder-tisch-sprengelkiez.de
www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding
für Bewohner der Milieuschutzgebiete
Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße
Mo 10–12 Uhr, Do 16–18 Uhr
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
(030) 44 33 81-11
team-wedding@mieterberatungpb.de
www.mieterberatungpb.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen